Nummer 42 — Halle, Freitag, den 19. Februar 1926. — 61. Jahrgang
Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ◆ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.00 Reichsmark, durch Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.80 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 36 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Zeilen-Zeilen berechnet; die Zeile 0.45 Reichsmark. Für Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besonderer Grundpreis. Verlagshaus Neue Promenade 10 u. Str. Beunhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtt-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Unter Vorsitz des Präsidenten Löbe trat am Mittwoch der auf Anregung des Reichsausschusses für Leibesübungen neugewählte Interfraktionelle Ausschuß zur Forderung von Leibesübungen zusammen. Zum Vorsitzenden wurde gewählt Abg. Schreck (Soz.), zum stellvertretenden Vorsitzenden Abg. Hofmann-Kaiserslautern (Ztr.), zum Schriftführer Abg. Schulze-Berlin (Dtn.). Im Anschluß an ein Referat des Staatssekretärs a. D. Lewald wurden in ausgedehnter Aussprache die Aufgaben des Ausschusses festgelegt. Zunächst will man versuchen, im Haushaltsausschuß die für Leibesübungen angesetzte Summe von 400 000 M. auf 5 Millionen zu erhöhen.

*

Eine Berliner Zeitung meldet aus London: Im englischen Jachtklub wurde gestern abend auf Antrag des der englischen Königsfamilie nahestehenden Majors Hunloke einstimmig der im Jahr 1919 gefaßte Beschluß gestrichen, wonach Angehörige der Mittelmächte erst nach 10 Jahren nach Friedensschluß wieder an englischen Segelsportwettkämpfen teilnehmen können.

*

Gestern fand eine Besprechung der Verbraucherorganisationen im Reichswirtschaftsministerium statt. Wie gemeldet wird, steht eine Ueberprüfung der bisherigen Preistreibereiverordnungen bevor. Von Interesse ist, daß die Staatsanwaltschaft Berlin von den ihr durch die Polizei übergebenen fast 200 Strafanzeigen gegen Kleinlebensmittelhändler, Bäcker und Fleischereiinhaber nur 7 zum Gegenstand gerichtlicher Aburteilung gebracht hat.

*

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages lehnte einen Antrag zum Knappschaftsgesetz, wonach die Altersgrenze für Invalidenpensionen auf 60 Jahre herabgesetzt worden sollte, ab, so daß also die Höchstgrenze 65 Jahre bleibt. Ein Unterausschuß wurde eingesetzt, der über Zweifelsfragen mit der Regierung verhandeln soll.

*

[illegible] Reichswehrunteroffizier Schröder aus Mitrschritz wegen Spionage und Landesverrats zugunsten Frankreichs zu 5 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

*

Der in der Budapester Frankenfälschungsaffaire viel genannte Schulze hat sich gestern der Berliner Polizei gestellt, da er keine Möglichkeit des Entkommens sah. Es ist ein früherer Abteilungsleiter der Petersburger Staatsdruckerei.

*

Der Deutsche Verband in der Tschechoslowakei hat gestern gemeinsam mit der deutschen Nationalpartei und unterstützt von den Sozialdemokraten und Kommunisten einen von über 100 Abgeordneten der Opposition unterzeichneten Antrag überreicht, der Regierung wegen Verletzung des international verbürgten Schutzes der Sprachen der nationalen Minderheiten das Mißtrauen auszusprechen.

*

Der Genfer Korrespondent der Londoner Times meldete gestern, daß man für die Tagung am 8. März vor Ueberraschungen stehe. Der Besuch Sir Drummond in Berlin habe nicht entpannend gewirkt.

Die Londoner Morningpost: Gegen eine starke Minderheit von über ein Drittel hat die Arbeiterpartei den Antrag an das Unterhaus beschlossen, die Regierung zu ersuchen, die Verteilung weiterer Ratssitze im Völkerbund nach Deutschlands Aufnahme nicht zuzulassen. Der Antrag wird am 7. März auf die Tagesordnung des Unterhauses gesetzt, so daß er für die Entscheidung in Genf zu spät kommen wird und sich lediglich als Demonstration post festum charakterisiert.

Der Courant meldet aus London: Die Note der südafrikanischen Republik, die sich gegen neue Ratssitze im Völkerbund wendet, wird in der Londoner Presse sehr kühl aufgenommen, da die Entscheidung hierüber nicht in London liege.

*

Der Mailänder „Corriere della Sera" meldet aus Rom: Die italienischen Konsulate in Deutschland berichten am Wochenschluß eine weitere Zunahme des Boykotts in Deutschland. Die Einfuhr ist um schätzungsweise 18 bis 25 Proz. zurückgegangen.

*

Die Lohnbewegung in der Pariser Beamtenschaft der Post-, Telegraphen- und Telephonverwaltung nimmt großen Umfang an. Nachdem vorgestern die männlichen Angestellten ihre Forderungen aufgestellt hatten, fand gestern abend eine Versammlung des weiblichen Personals statt, das mit den männlichen Angestellten in der Bezahlung gleichgestellt werden soll.

*

Aus Paris wird gemeldet: In der Hafenstadt Le Havre und Umgebung hatten, dem Beispiele einiger Kaufleute in Paris folgend, gestern fast sämtliche Kaufleute und Industriellen nachmittags von 2 bis 4 Uhr ihre Geschäfte und Werke geschlossen, um gegen die geplante steuerliche Belastung zu protestieren.

*

Die japanische Regierung hat ihr neues Flottenbauprogramm bekanntgegeben, dessen Kosten sich auf 325 Millionen Yen (ca. 650 Millionen Mark) belaufen.

Die österreichische Regierung zu Südtirol.

Erklärungen des Bundeskanzlers Dr. Rameck. / Mussolini gegen den Anschluß.

Im Hauptausschuß des österreichischen Nationalrats nahm der Bundeskanzler Rameck in großangelegter Erklärung zu den Reden Mussolinis und der Mißhandlung der Deutschen Südtirols Stellung. Er führte u. a. aus:

Man hat in St. Germain aus strategischen Gründen Italien die Brennergrenze gewährt und sich damit mit dem Punkt 9 des Wilsonschen Programms in Widerspruch gesetzt, da eine kompakte, mit dem übrigen Siedlungsgebiete des deutschen Volkes unmittelbar verbundene, nicht etwa als Enklave im italienischen Gebiete lebende

Minderheit von 250 000 Deutschen

(dies ist die Ziffer der italienischen Volkszählung vom Jahre 1921) Italien zugewiesen wurde. Welche Empfindungen dieser Beschluß der Mächte in deutschen Landen und besonders bei uns in Oesterreich ausgelöst hat, ist allbekannt.

An die Versprechungen der italienischen Regierung der Nachkriegszeit hat sich die gegenwärtige faschistische Regierung Italiens bekanntlich nicht weiter gehalten. Die Maßnahmen haben überall, wo Deutsche wohnen, besonders aber in Oesterreich, und unter den österreichischen Ländern speziell in Tirol, eine Erregung hervorgerufen, wie sie wohl nur in den allerseltensten Ausnahmefällen in einer solchen Einmütigkeit ein ganzes Volk erfaßt hat.

Aus Italien hört man immer wieder die Anschuldigung, daß diese Bewegung künstlich erzeugt worden sei. Ja! Eine solche ist erzeugt worden, aber sie ist einzig und allein durch die Maßnahmen der italienischen Regierung in Oberösterreich erzeugt worden. Eines weiteren Hinzutuns hat es wahrlich nicht bedurft.

Dennoch vermochte die Bundesregierung nicht ohne weiteres zu glauben, daß tatsächlich im achten Jahre nach Beendigung des Weltkrieges, wenige Monate nach Abschluß der Locarno-Akte und wenige Wochen vor Beginn der Abrüstungskonferenz der Führer einer europäischen Großmacht einem entwaffneten Nachbar, dessen Gebietsintegrität von ebendieser Großmacht zweimal garantiert worden ist, sozusagen aus heiterem Himmel heraus, mit einem kriegerischen Einfall bedrohen sollte.

Die Bundesregierung hat daher sogleich nach Bekanntwerden der Rede ihren Gesandten beim Quirinal beauftragt, bei Herrn Mussolini Aufklärungen über den präzisen Sinn des erwähnten Passus einzuholen.

Herr Mussolini hat nun unseren Gesandten am Mittwoch voriger Woche empfangen und ihm gegenüber auf seine eben im Senat gehaltene Rede verwiesen. Schon aus dieser gehe hervor, daß seine Worte nur bedeutet hätten, er werde nie gestatten, die durch die Friedensverträge geschaffene Lage eine Veränderung erfahren zu lassen. Im Interesse der beiderseitigen Beziehungen sei es ihm wertvoll erschienen, der Bundesregierung durch jenen Passus davon Kenntnis zu geben, daß er

den Anschluß nie dulden

würde. Ueberdies ließ er mir ausdrücklich mitteilen, daß er nie daran gedacht habe, Oesterreich irgendwie zu beunruhigen. Alle in Oesterreich im Umlauf gekommenen Gerüchte über einen italienischen Einfall oder einer militärischen Expedition seien vollkommen aus der Luft gegriffen gewesen. Wir mögen versichert sein, daß kein einziger Soldat jemals den Brenner überschreiten werde.

Im Besitze dieser Antwort Herrn Mussolinis hat die Bundesregierung die Frage, ob sie den Völkerbund gemäß Art. 10 und 11 des Völkerbundpaktes auf die italienische Kriegsdrohung aufmerksam zu machen habe, für sich mit nein beantwortet. Denn nach der Erklärung des Herrn italienischen Ministerpräsidenten liegt eine formelle Bedrohung Oesterreichs nicht vor.

Dr. Rameck erklärte ferner, daß Oesterreich die Abtrennung Südtirols zwar nie als gerecht anerkennen werde, daß aber niemand in Oesterreich daran denke, das Land mit Waffengewalt wiederzurückerobern. Er habe den Wunsch, daß alles getan werde, besonders auch von faschistischer Seite, um die Mißstimmung zwischen Oesterreich und Italien zu beseitigen. „Volk und Regierung Oesterreichs wünschen nichts anderes, als mit dem italienischen Volk ebenso wie mit allen anderen Völkern in Freundschaft zu leben."

Zur Frage der Fürstenvermögen.

Der Rechtsausschuß des Reichstages setzte am Mittwoch die Generaldebatte über die Anträge zur Fürstenabfindung fort.

Abg. Dr. Beil (Z.) führte aus, daß eine Lösung nur auf der mittleren Linie gefunden werden könne. Die Sozialdemokraten, die sich doch auch als Hüter der Weimarer Verfassung betrachteten, sollten ihre Stellung zu dem durchaus verfassungswidrigen kommunistischen Antrag revidieren. Der demokratische Antrag würde die gewünschte Beruhigung nicht bringen. Ebenso wenig wie eine entschädigungslose Enteignung scheine die Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes erträglich. Redner begrüßt den Kompromißentwurf, der eine Lücke der Verfassung ausfülle. Ueber eine einzige Ergänzung des Kompromisses würde man sich verständigen müssen. Der Redner regte zu diesem Zweck die Einsetzung eines Unterausschusses an, dem Vertreter aller Parteien angehörten.

Abg. Dr. Pfleger (Bayr. V.-P.) wies u. a. darauf hin, daß bei einer Verteilung der fürstlichen Vermögen auf Kriegsbeschädigte und Inflationsopfer auf die einzelnen höchstens etwa 67,50 Reichsmark entfallen würden (Rufe links: das wäre schon ganz schön). Zufriedenheit würde durch eine Fürstenenteignung nicht erzielt werden und die Massen würden bald die Enteignung anderer großer Vermögen verlangen. Der Enteignungsantrag verletze auch in bedenklicher Weise das Rechtsprinzip. Eine reichsgesetzliche Regelung dürfe nicht die bereits erledigten Fälle wieder aufrollen.

Abg. Dr. Frick (Natl.) erklärte für seine Person, dem Kompromißantrag sympathisch gegenüberzustehen. Ein Teil seiner Freunde mache seine Stellung davon abhängig, daß klargestellt werde, welche Vermögenswerte tatsächlich in Frage kämen. Erfolge ein Eingriff in die Vermögensrechte der Fürsten, so verlangten die Völkischen auch die Enteignung der Kriegs-, Revolutions-, Inflations- und Reparationsgewinnler.

Abg. Neubauer (Komm.) erklärte, den Kommunisten komme es nicht darauf an, den ganzen Fürstenbesitz sofort zu verteilen, sondern dauernden Mehrwert dadurch zu schaffen, daß auf dem parzellierten Fürstenbesitz viele tausend neue Bauernwirtschaften eingerichtet würden. (Daß zur Errichtung jeder dieser „vielen tausenden von Bauernwirtschaften außer dem Boden ein Kapital von etwa 12—15 000 Mark nötig und dieses Kapital nicht vorhanden ist, daß auch für diese Parzellierung genauso, wie für die Parzellierung der bisherigen Staatsgüter (Domänen) keine Mehrheit im Parlament vorhanden ist, wird von den Kommunisten verschwiegen, da sie nur agitieren wollen.) Die Sozialdemokraten möchten sich darüber äußern, ob sie sich wirklich dem Kompromißantrag nähern und von der Forderung der entschädigungslosen Enteignung abgehen wollten.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erwiderte, die Sozialdemokraten ständen nach wie vor zu ihrem Antrag auf entschädigungslose Enteignung, aber sie würden sich bemühen, den Kompromißantrag anzuverdessern. Der Volksentscheid werde von den jetzigen Beratungen gar nicht berührt. — In der Donnerstagsitzung soll die Generaldebatte zu Ende geführt und die Einzelberatung eröffnet werden.

Abstriche beim Marineetat.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beendete am Mittwoch die Beratung des Marineetats. Angenommen wurde eine Entschließung, wonach die Reichsregierung alsbald in eine Erwägung darüber eintreten soll, wie die Beschaffung des gesamten Reichsbedarfs behufs Erzielung möglichst großer Ersparnisse zentral eingerichtet und die zu vergebenden Gegenstände tunlichst normalisiert werden können. In der Einzelberatung wurden eine ganze Reihe von Abstrichen gemacht. Die Position für Uebungsgelder der Marineteile am Lande wurde um 50 000 Mark gekürzt, die Summe für Gefechts- und Geländeschießübungen um 20 000 Mark. Weiter wurden abgestrichen: für Unterhaltung, Ergänzung und Aenderung der Torpedobestände 150 000 Mark, für Unterhaltung der Bestände des gesamten Sperr- und Sprengmaterials 100 000 Mark, die gleiche Summe bei der Position für Minensuch- und Sprengdienst-Uebungen. Abgesetzt wurden weiter 200 000 Mark beim Neubau eines Lagerhauses für das Maschinenbaureferat, beim Titel „für Wiederherstellung unbrauchbarer Geschütze" 300 000 Mark. Die Summe für gründliche Instandsetzung der Wasserbomben, die mit 1 400 000 Mark bemessen war, wurde auf die Hälfte herabgesetzt. Für Herrichtung eines alten Panzerschiffes zu einem ferngelenkten Zielschiff waren im Etat 2 300 000 Mark angesetzt, wovon der Ausschuß 1 Million abstrich. — Also genau wie beim Reichswehretat noch Abstriche, damit wir nur so noch abgerüste, er als abgerüstet sind, wenn z. B. die Polen einmal den Rest von Oberschlesien oder Danzig mit Gewalt wegnehmen wollen.

Der Mailänder „Corriere della Sera" meldet aus Angora: Die Nationalversammlung bewilligte der Regierung die erbetene Kreditvollmacht zum modernen Ausbau der Befestigungen der Dardanellen.

Für ein deutsch-österreichisches Zollbündnis.

Von unserem Wiener Berichterstatter.

Die andauernde Industrie- und Wirtschaftskrise in Oesterreich und die Unmöglichkeit, mit den Nachfolgestaaten in handelspolitischer Einsicht zu einer Verständigung zu gelangen, die dem gegenwärtig gehandhabten System der Absperrung ein Ende machen würde, veranlassen die maßgebenden Stellen des österreichischen Handels, vorbereitende Schritte für eine wirtschaftliche Annäherung an das Deutsche Reich zu unternehmen.

Die seit Monaten andauernde Diskussion über eine Erweiterung des österreichischen Wirtschaftsgebietes ist in der letzten Zeit ganz in die Richtung einer wirtschaftlichen Annäherung an Deutschland gelangt. In der Wiener Handelskammer werden seit einiger Zeit Besprechungen gepflogen, die im Zusammenhang mit einer großen österreichischen Wirtschaftsumfrage stehen, ich aber zum Großteil mit der Frage eines österreichisch-deutschen Zollbündnisses befassen. Es werden die Voraussetzungen geprüft, die zu einem solchen Ziele führen könnten, wobei gleichzeitig die Fragen einer Währungsgemeinschaft, Rechtsangleichung und Gleichheit der Steuersysteme zwischen Deutschland und Oesterreich geprüft werden.

In dieser Diskussion hat man darauf hingewiesen, daß es auch in Deutschland vieler Jahrzehnte bedurft hat, bis aus dem Zollverein das geeinigte deutsche Wirtschaftsgebiet wurde. Die Erörterung dieser Fragen ist ziemlich weit fortgeschritten. An die verschiedenen Industrien sind von allen Handelskammern Oesterreichs Rundfragen ergangen, um eine präzise Stellungnahme der einzelne Industrien zur Frage eines österreichisch-deutschen Zollbündnisses festzustellen.

Wie verlautet, sind die Antworten namentlich aus der Schwerindustrie und aus dem Bergbau für eine intime wirtschaftliche Annäherung an das Deutsche Reich. Diese Erörterungen sollen die Unterlage zu einer Ausarbeitung bilden, in der die Stellungnahme der gesamten österreichischen Industrie und Wirtschaft für eine starke wirtschaftliche Annäherung festgelegt erscheint und das den maßgebenden Regierungsstellen an die Hand gegeben werden soll.

— Man kann nur hoffen, daß die österreichischen Wünsche von deutscher Seite jedes nur mögliche Entgegenkommen finden.

*

In Leipzig fand eine vom Deutschen Hochschulring veranstaltete Tagung zur Frage der österreichisch-deutschen Anschlußbewegung statt, auf der neben Vorträgen über Hochschul- und Bildungsfragen der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Leopold über die deutsche Wirtschaft und ihren Ruin sprach.

Abg. Leopold erwies die Notwendigkeit der Zusammenarbeit deutscher Wirtschaft in Mitteleuropa als eines wesentlichen Mittels im Dienste deutscher Politik. Durch die Zerstückelung großer Wirtschaftsgebiete durch die Friedensverträge und die Abtrennung wertvoller Gebiete sei die deutsche Wirtschaft heute in einer Lage, die sie ohne schwere Schädigung auf die Dauer nicht ertragen könne. In Ablehnung paneuropäischer und donauförderativer Pläne, die in der heutigen Kleinstaaterei Europas günstigen Nährboden finden, gelangt der Vortragende zur Notwendigkeit der Gewinnung eines größeren Wirtschaftsgebietes und sieht in einer österreichisch-deutschen Zusammenarbeit einen ersten Schritt.

Deutschenhetze in Oberschlesien.

In Kattowitz und Königshütte hat gestern der polnische Mob wüste Ausschreitungen gegen die Deutschen begonnen. In Königshütte sind eine Anzahl deutscher Geschäfte und Wirtschaften von dem Pöbel angegriffen worden. Die Polizei schritt nur zögernd ein. In Kattowitz hat der gestrige Tag die Verhaftung von weiteren 13 Deutschenführern gebracht. Die Grenze ist durch starke polnische Gendarmerieaufgebote gesichert.

Bei den deutschfeindlichen Vorgängen in Polnisch-Oberschlesien sind auch eine Anzahl Reichsdeutsche von den Polen angegriffen und an Leib und Leben bedroht worden. Sie haben die Intervention des Auswärtigen Amtes angerufen. Infolgedessen ist der deutsche Gesandte in Warschau mit Vorstellungen bei der polnischen Regierung beauftragt worden.

Die Londoner „Morningpost" meldet aus Tokio: Die vereinigte Opposition des Reichstages protestierte in einem Antrag gegen die von der Regierung angekündigte Zurückziehung der Truppen aus China. In Tokio kam es zu großen Volksansammlungen gegen den Beschluß der Regierung. Vor der amerikanischen Botschaft, auf deren Intervention der Regierungsbeschluß zurückgeführt wird, versuchte die Polizei die Demonstranten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260219010/fragment/page=0001

Ministerpensionen.

Anläßlich des Rücktritts des deutschnationalen Ministers Schiele ist in den Tageszeitungen viel über das Thema „Ministerpension" gesprochen worden. Vor kurzem ist im Reichstag auch der Antrag gestellt worden, die Pensionsberechtigung der parlamentarischen Minister gesetzlich neu zu regeln. Wie verlautet wird demnächst eine solche neue Regelung ist, gegen zahlreiche Beispiele, auf die Herr Dr. Bartz, M. d. R., in seinem mit „Ministerpensionen" überschriebenen Artikel in Heft 6 des „Deutschen Tagesspiegel", Berlin W. 30, hinweist.

Da ein Reichsgesetz über diese Frage noch nicht besteht, haben die einzelnen Länder in verschiedener Weise eine Regelung getroffen. Man hat dabei Bestimmungen, die nur für Beamte berechnet waren, auf die parlamentarischen Minister angewendet. Daraus entstand eine unerträgliche Belastung der Staatskasse. Viele Pensionsgesetze haben die Bestimmung, daß auf die Zeit der Beamtentätigkeit auch diejenigen Jahre angerechnet werden können, die ein Beamter im Ausland als Sachwalter oder Notar usw. verbracht hat.

Man hat diese Bestimmungen z. B. dahin ausgelegt, daß die Parteis- und Gewerkschaftssekretäre, die in Minister- oder hohe Beamtenstellen berufen worden sind, ihre Dienstzeit als Partei- oder Gewerkschaftssekretäre auf ihre Beamtenlaufbahn angerechnet wurde. In Sachsen ist dabei der Kasse Fall vorgekommen, daß man einem im Wege des parlamentarischen Systems aufgestiegenen Parteisekretär sogar die im Zuchthaus verbrachte Zeit auf seine Dienstzeit bei der Pensionsberechnung angerechnet hat.

In sieben Jahren seit Bestehen der parlamentarischen Republik sind 8 Reichskanzler, 41 Reichsminister und 217 Staatsminister verbraucht worden. Eine ganze Anzahl dieser Minister bezieht mit Hilfe der geschilderten Auslegungen der bestehenden Pensionsgesetze Ministerpensionen. Man kann sich ausrechnen, wie hoch der Betrag ist, mit dem das deutsche Volk bereits heute belastet wird. Die Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfes ist daher eine dringende Notwendigkeit.

Mittelstandsforderungen der D.V.P. im preußischen Hauptausschuß.

Die Beratungen des Haushalts der Handels- und Gewerbeverwaltung im preußischen Haushalt gaben u. a. Gelegenheit, dringliche Mittelstandsfragen zu behandeln. Von der Deutschen Volkspartei ließ es sich Abg. Heidenreich angelegen sein, auf eine gröbere Aktivität des Handelsministers hinzuwirken. Er verlangte direkte Kredite der Staatsbank an die notleidende Wirtschaft unter Ausschaltung der Banken.

Abg. Bayer-Waldenburg (DVP.) betonte dann, daß aus der Kreditaktion kein Kettenhandel mit Geld werden dürfe, daß darum die staatlichen Kreditmittel auf dem allerkürzesten Wege in die Wirtschaft geleitet werden müßten. Der Gesetzentwurf der Reichsregierung über den Preisabbau sei vollkommen verfehlt, weil er ein Ausnahmegesetz gegen das Handwerk darstelle, aber die Vorbedingungen für die Preissenkung nicht schaffe.

Abg. Bayer tadelte an, ob die Reichsverdingungsordnung — und die so oft angekündigte Reichshandwerksordnung auch endlich komme. Der Begriff der Zwangsinnung müsse grundsätzlich besser abgegrenzt werden. Er wandte sich schließlich entschieden gegen die Schädigung des selbständigen Handwerks durch die Gefängnisarbeit, die namentlich in der letzten Zeit stark hervorgetreten ist. Große Staatsaufträge in Uniformen usw. sind an die Gefängnisse gegeben, und man hat sogar Lehrkurse in den Strafanstalten für Handwerksarbeit eingeführt. Auch der Handel mit Waren in den staatlichen Diensträumen, trotz der von der Deutschen Volkspartei dagegen gestellten Anträge, die der Landtag zum Beschluß erhoben hat, hat nicht aufgehört. Die Deutsche Volkspartei hat darum erneut dahingehende Anträge gestellt, damit mit diesem System mittelstandsschädigender staatlicher Wirtschaft endlich Schluß gemacht wird.

Zum Schutz und zur Entlastung des gewerbstätigen Mittelstandes hat die Deutsche Volkspartei zum Haushalt des preußischen Handelsministeriums folgende Anträge eingebracht:

Das Staatsministerium wird ersucht, erneut gegen den Handel mit Artikeln des täglichen Bedarfs in den Diensträumen bei Behörden anzugehen.

Das Staatsministerium wird ersucht, darauf zu achten, daß bei Strafanstalten keine Lehranstalten für Handwerksberufe eingerichtet werden, wodurch der ohnehin schädigende Einfluß der Gefängnisarbeit auf das selbständige Handwerk unerträglich wird. Diese Maßnahmen der Gefängnisverwaltung sind zu verhindern. (Anträge Bayer-Waldenburg u. Gen.)

Das Staatsministerium wird ersucht, die Gebühren für die Nachprüfung unverzüglich um durchschnittlich ein Drittel herabzusetzen und auf die Reichsregierung einzuwirken, daß die längst angekündigte Ermäßigung der Neuerlassungsgebühren endlich durchgeführt wird. (Antrag Heidenreich u. Gen.)

Justizfragen vor dem Reichstag.

Ehrenerklärung für Großadmiral v. Tirpitz.

Als erster Redner bei der gestrigen zweiten Lesung des Justizetats forderte Abg. Dr. Korsch (Komm.) Gesetzentwürfe zur Erleichterung der Ehescheidung und zur Neuregelung der Rechtsstellung der unehelichen Mutter und des unehelichen Kindes. Weiter tritt er für die Abschaffung der Todesstrafe ein und verlangt eine Aenderung der Bestimmungen über die strafrechtliche Behandlung der Abtreibung. Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik müsse beseitigt werden, denn er habe sich zu einem Verfolgungsgerichtshof für Republikaner entwickelt. — Abg. Dr. Haas-Baden (Dem.) gibt zu, daß tatsächlich

das Vertrauen zur Rechtspflege

vermindert worden ist. In einer Magdeburger rechtsstehenden Zeitung sei dem Außenminister Dr. Stresemann Bestechlichkeit vorgeworfen worden, und von der Reichsregierung werde gesagt, sie habe Landesverrat begangen. (Hört! hört! links.) Der Urheber dieser ganz unerhörten Beleidigungen wurde von den aus dem Ebert-Prozeß bekannten Landgerichtsdirektor Beyerdorff zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Es habe den Anschein, als ob ein Republikaner in vielen Landesteilen sein Recht nicht finden könne. Unerhört seien auch

die Landesverratsurteile,

die gefällt wurden, wenn jemand Verschwörungen der Schwarzen Reichswehr aufdeckte. Dabei sei das Ausland über die närrische und gefährliche Spielerei der Schwarzen Reichswehr längst unterrichtet gewesen. Die Hitlerorganisationen sollten mit größerer Entschiedenheit gegen Richter vorgehen, die parteiisch und taktlos sind. — Abg. Hampe (Wirtsch. Vgg.) wünscht eine

Verbesserung und Beschleunigung des Ehescheidungsverfahrens.

Das Berufsrichtertum könne nicht entbehrt werden. Eine Herabsetzung der Gerichtsgebühren wäre empfehlenswert. Die Arbeitsgerichte würden von der Wirtschaftlichen Vereinigung glatt abgelehnt. Der Ueberlastung des Reichsgerichts müsse ein Ende gemacht werden. Die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse hätten sich keinesfalls bewährt. — Abg. Emminger (Bayer. Vp.) hält ebenfalls

eine Ruhepause in der Gesetzgebung

für notwendig. Der Redner warnt vor einer Aenderung der Rechtsstellung der unehelichen Mütter und Kinder. Bis zum 1. April könnte der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik aufgehoben sein. — Abg. Dr. Frick (völk.) gibt zu, daß in Bayern zwar der Ausnahmezustand aufgehoben sei, tatsächlich habe sich aber nichts geändert. Versammlungen werden nach wie vor verboten; Hitler dürfe seit einem Jahre nicht mehr sprechen, ohne daß etwas gegen ihn vorliege. Gegen solche Verfassungswidrigkeiten müßte der Appell an den Staatsgerichtshof möglich sein. Das gelte auch für das vom preußischen Innenminister Severing und anderen Landesministern gegen Hitler erlassene Redeverbot. Der Redner wendet sich dann gegen die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse. Es sei

ein ganz unmöglicher Zustand,

wenn Dittmann, der der Weserexaktstiftung 1917 beschuldigt war, im Ausschuß als Ankläger der Admirale auftreten konnte. (Lärm der Soz.) Die Seuche der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse habe auch im Barmatfall die gerichtliche Verfolgung der Sache durchkreuzt. — Abg. Dr. Heuß (Dem.) fordert Maßnahmen gegen die unbefugte Veröffentlichung amtlicher Aktenstücke, Dokumente und Dienstkorrespondenz durch ehemalige Reichsbeamte oder Offiziere. Reichsbeamte und Offiziere, die sich solche Handlungen haben zuschulden kommen lassen, müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Das Reich müsse wieder in den Besitz der widerrechtlich angeeigneten Schriftstücke gesetzt werden.

Reichsjustizminister Dr. Marx

erklärt: Ein Gerichtshof zur Entscheidung über Verfassungsfragen, besonders über die Fragen der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen, werde vorbereitet. Die Richter hätten die Pflicht, die Verfassung zu schützen. Dr. Marx beantwortet dann die Anfragen in der Sache Tirpitz.

Er stellt fest, daß die aus dem Bereich der früheren Marineverwaltung in dem Werke des Großadmirals v. Tirpitz abgedruckten Urkunden sämtlich bei der zuständigen Stelle vorhanden sind. Auch die Schriftstücke des Auswärtigen Amtes befinden sich mit einer Ausnahme in dessen Händen. Es fehlt der Bericht des deutschen Botschafters vom 13. März 1909 an das Auswärtige Amt, der dem Kaiser vorgelegt wurde. Herr v. Tirpitz selbst hat erklärt, er habe sich von den Urkunden des Reichsmarineamtes Abschriften für persönlichen Gebrauch herstellen lassen und diese zu seinen Privatakten genommen.

Hiernach kommt eine widerrechtliche Aneignung amtlicher Urkunden, die zur Einleitung eines amtlichen Ermittlungsverfahrens hätte Anlaß geben können, nicht in Frage. Es handelt sich auch um keine Aktenstücke, deren Geheimhaltung für das Wohl des Deutschen Reiches und der Länder aus Gründen der Landesverteidigung nötig gewesen wäre. Es handelt sich um Aktenstücke, die auch in die Veröffentlichungen des Auswärtigen Amtes aufgenommen worden sollten. Eine Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen liegt also nicht vor. Mahnahmen disziplinarischer Natur kommen nicht in Betracht, weil Herr v. Tirpitz damals aus dem Reichsdienst ausgeschieden war.

Abg. Treviranus (Dn.) stellt fest, daß nach den Erklärungen des Reichsjustizministers die Sache völlig zugunsten des Großadmirals v. Tirpitz geklärt sei. Der Schlange der Verleumdung gegen Tirpitz sei der Kopf zertreten. Tirpitz habe durchaus korrekt gehandelt. Es sei eine Pflicht der Notwehr gewesen, wenn er den Geschichtsklitterungen von links gegenüber die Wahrheit feststellte. — Abg. Graf Reventlow (völk.) erinnert das Zentrum daran, daß Erzberger den Großadmiral als Schöpfer der deutschen Marine gefeiert habe. Tirpitz sei eine historische Persönlichkeit, seine Angreifer seien hysterische Persönlichkeiten.

Damit schließt die Aussprache. Das Ministergehalt wird bewilligt. Ein Zentrumsantrag, auf Ermäßigung der Gerichtsgebühren wird angenommen. Entsprechend dem Ausschußantrage werden die Kosten für den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik gestrichen.

Die Reichstagsuntersuchung über die Fememorde.

Auf Verlangen der Kommunisten trat am Mittwoch der Fememordausschuß des Reichstages zusammen. Der Vorsitzende Dr. Schetter (Z.) teilte mit, daß dem Ausschuß noch keine Gerichtsakten übersandt worden seien. Der Reichswehrminister, der Reichsjustizminister und der preußische Innenminister hätten dem Ausschuß die Vorlegung einer Denkschrift bis zum 1. März zugesagt. Das Material des preußischen Innenministers umfasse mehr als 50 Bände. Ein Zusammenarbeiten mit dem Fememordausschuß des Preußischen Landtags sei zweckmäßig, und vom Vorsitzenden des Landtagsausschusses sei die Bereitwilligkeit einer Zusammenarbeit erklärt worden. Nach Ablehnung eines kommunistischen Antrages, schon jetzt einen Berichterstatter zu nennen, und von der Reichsregierung und der preußischen Regierung sofort Auskunft über die Fememorde und die Femeorganisationen zu erlangen, wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt, worauf sich der Ausschuß bis auf weiteres vertagte.

Severing gegen den Volksentscheid!

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtags begann am Mittwoch die Vorberatung des Haushalts des Innenministeriums. Minister Severing erkannte dabei an, daß Sparsamkeit notwendig sei, wandte sich aber gegen schematische Abstriche, namentlich bei der Schutzpolizei, durch die

die Schlagfertigkeit und Beweglichkeit der Polizei

gefährdet würde. Dann bezeichnete der Minister die Aufforderung der Entente, die Besatzung im Westen nicht allzu freudig zu begehen, als unnötig und unfreundlich; er hob hervor, daß der Abschied von den Engländern in Köln als freundlich bezeichnet werden könne. Nach dem Minister sind die Arbeiten für die große Verwaltungsreform in Preußen im Gange.

Mit der Wahlrechtsreform

solle ja nach den Wünschen des Landtags das Reich vorangehen. Bei den Fememordprozessen hätte das Staatsministerium unbedingt die Oeffentlichkeit gewünscht.

In der Frage der Fürstenabfindung hält es der Minister für das beste, wenn man den Ländern die Regelung durch Ermächtigungsgesetz überließe. (Demnach ist der Sozialist Severing gegen den von seiner Partei betriebenen Volksentscheid! Die Schriftleitg.)

Weiter wehrte der Minister Angriffe auf seine Personalpolitik ab. Wegen monarchistischer Gesinnung sei kein politischer Beamter entfernt worden. Wohl aber würde er alle Landräte und politische Beamte abberufen, die in ihrer Amtstätigkeit die Richtlinien des Staatsministeriums verletzen.

Das Reichsbanner

werde vom Innenministerium wie andere Organisationen behandelt. Schließlich betonte der Minister noch, daß das Gesetz über die Abgabe der Provinzialstellen im Reichsrat, wie es im Landtage zuletzt Gestaltung gefunden habe, das Einverständnis der preußischen Regierung nicht finden könne.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht den Wortlaut des am 12. Februar 1926 in Paris abgeschlossenen vorläufigen Handelsabkommens zwischen Deutschland und Frankreich. Das Abkommen tritt drei Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und soll vier Monate in Geltung bleiben.

Bei Rheumatismus, Reißen, Hexenschuß, Gliederschmerzen, Ischias, Fußgeschwüren von Gicht und Zuckerkrankheit. Salit dringt durch die Haut in den Körper, beseitigt also im Gegensatz zu Mittel kommen, die man einnimmt, weder Magen noch Darm.

Salit-Oel enth. als wirksl Bestandteil 50%, Salit. pur., Salit-Creme 25%, Salit. pur. — 70%, Salicylsäuretheoretiker.

Zu allen Apotheken: Fl. zu 1.50 M., Doppelfl. 2.50 M.

Salit-Creme Tube 1.— M.

Salit ZUM EINREIBEN

Frauenmode und Zeitgeist.

Von Gabriele Schulz.

„Zwei Gegensätze — nicht wahr? Und doch stehen sie in Beziehung zueinander. Denn die Mode ist nicht sinnlos an sich, sondern sie wird nur sinnlos gebraucht. Greifen wir ein paar Frauenmoden aus verschiedenen Zeitalitern heraus; sie sprechen eine deutliche Sprache. Die mittelalterliche Frauentracht ist gekennzeichnet durch die strenge Verhüllung des Körpers. Das Kleid reichte bis auf die Fußspitzen, die Aermel bis auf die Hände. Der Kopf steckte in einer Umhüllung, die nur gerade das Gesicht frei ließ. Alles weist auf das häusliche Leben, auf die Stellung in der Familie hin. — Als Karl V. Kaiser von Deutschland war, drang die spanische Mode ein. Pracht, Steifheit und Strenge sind ihre Merkmale. Die Kirche und das feierliche Hofleben zwängten Körper und Geist ein. Eine Frau in spanischer Tracht konnte sich nicht ungezwungen bewegen. — Spaniens Vorherrschaft wird durch Frankreich abgelöst. Welch ein Gegensatz! Der Spanier brachte schwere Stoffe, steife Formen in die Mode, der leichtlebige Franzose schuf die Gesellschaftstracht: bunte, glänzende Gewänder von anmutigem Schnitt und Spitzen — Spitzen, die selbst das Kleid des Mannes zierten, die den Ernst durch ihren Zauber aufhellten und den Menschen einen leichten, zierlichen — den Gesellschaftsmenschen verliehen. Sie waren alle Genießer, die diese Mode machten und trugen. Für Festfeste, für abgesperrte, künstlich angelegte Gärten war sie geeignet, nicht für die Natur. Darum trug sie auch den Gegensatz der Unnatur: gepudertes Haar — Reifrock — Schnürbrust — Stöckelschuhe — Schönheitspflästerchen. Und dann fegte die Revolution alles fort! Die Losung jedes revolutionären Zeitalters ist Ungebundenheit, und die drückte sich sofort in der Frauenmode aus. Ein wenig Unnatur blieb zurück: die antikische Tracht sollte den Mangel an eigenem Stil decken — aber es war dennoch der Ausdruck des freigewordenen dritten Standes. Die Biedermeierzeit zeigt deutlich den Uebergang: allerlei Steifheit bei den Männern, bei den Frauen der Schnürbrust und die vielen Gefältelten und Bänder. Die Revolutionsjahre 1848 und 49 machten Hals und Kopf noch freier, die Kleidung ward loser — bis dann die siebziger Jahre kamen, und alles in Unnatur und Unwahrheit hineinsteuerte. Falsche Haare, für echt ausgegeben, falscher Schmuck, lauter Nachahmungen, dunkle, eintönige Farben auch für die Jugend, die doch voll Lust und Leben war. Es war die Zeit der überschwenglichen Romanheiden, die Zeit der falschen Sittlichkeit, der Gebundenheit der Frau an inhaltlos gewordene Formen. Das Chignon, die Tunika, der Volant — das waren die Zeichen, die der Zeitgeist der Frauenmode aufdrückte. — Und heute? Wieder Umsturz, der den falschen Putz herunterriß und einfache, natürliche Formen schuf, der der Frau gestattete, auf zwei Beinen durchs Leben zu gehen und nicht als wandelnde Glocke, der Hals und Arme frei machte und den unnützen Tand verbannte. Aber mit dem Unnützen und Unwahren fiel auch manches Gute und Schöne, auch echte Sittlichkeit und Altersweisheit — in der Mode wie im Leben — Die Not der Zeit schuf Einfachheit, die während des Krieges unterdrückte Lebensfreude ließ einen Rausch von Farben aufblühen, wie man sie kaum je gekannt hat. Das Eintreten der Frauen in viele, früher den Männern vorbehaltene Berufe, drückt sich aus in der männerähnlichen Kleidung: dem sackartigen Mantel, dem schmucklosen Hut. So spiegelt sich auch die heutige Zeit in der Frauenmode wieder. Mische Einfachheit, Zweckmäßigkeit, Gesundheit, Ihr erhalten bleiben und hinübergerettet werden in eine neue Zeit, in der die Frauen neben den Männern als gleichwertige, aber nicht gleichartige Glieder der Volksgemeinschaft ihre Sonderaufgabe erfüllen können: „Hüterinnen der Sitte, der Schönheit, der Güte und Menschlichkeit zu sein."

Ein Teppich, der 20 Millionen Goldfranken wert ist.

Im Pariser Museum für dekorative Kunst ist gegenwärtig ein alter orientalischer Teppich ausgestellt, der, wie Pariser Blätter behaupten, der berühmte „Schönbrunner Jagdteppich" sein soll, der jetzt verkauft wird. Der Direktor des österreichischen Kunstgewerbemuseums, Hofrat Trentwerth, erklärt nun, daß es sich gar nicht um den berühmten „Schönbrunner Jagdteppich" handelt kann, da jener sich um eine kaiserliche Sammlung befindet. Der in Paris ausgestellte Teppich sei nur ein sogenannter Persischer Tierteppich, der in Wien in zwei ganz gleichen Exemplaren vorhanden war und von denen im vergangenen Jahre das eine verkauft wurde, um aus dem Erlös andere hochwertige Kunstgegenstände für das Museum zu erwerben. Der Verkauf erfolgte mit Zustimmung der österreichischen Regierung und der Reparationskommission an die Londoner Firma Cardinal u. Harford. Wenn man nun in Paris anläßlich des Weiterverkaufes diesen Teppich als den „Schönbrunner Jagdteppich" bezeichnet, so handle es sich um eine Irreführung. Die österreichische Gesandtschaft in Paris wurde in diesem Sinne bereits avisiert, um die nötigen Schritte zu tun.

Was den berühmten „Schönbrunner Jagdteppich" anbelangt, so befindet sich dieser kostbarste Teppich der Welt nach wie vor im Museum. Er ist ganz aus Seide gewebt und seine Dekoration schillert in hunderten von Farben je nach dem Auffallen der Lichtstrahlen. Im ganzen sind auf dem Teppich 173 Jagdtiere und 58 Pferde dargestellt, die vier Edelsteine zeigen je ein Drachenpaar, flankiert von buntfarbigen Phönixen, während das innere Feld einen Mittelstern zeigt. Im Stern selbst sieht man kämpfende Drachen und Phönixe.

Der Teppich stammt aus der Zeit des Schah Tahmasp um 1550. Im Jahre 1698 erhielt ihn Kaiser Leopold I. vom Zaren Peter dem Großen zum Geschenk. Der Jagdteppich wurde zu kaiserlichen Zeiten im Schloß Schönbrunn nur einmal im Jahr benützt, und zwar am Fronleichnamstage, wo er vor dem Altar lag und nur von dem Priester betreten wurde. Der „Schönbrunner Jagdteppich" wird von Kenkern auf einen Wert von über 20 Mill. Goldfranken geschätzt.

Wir und die Tiere.

Wenn ich meinen Hund lange anschaue mit seiner Nähe an die Menschenform, so denke ich mir ein Menschengesicht und die Menschenhand behaart und diese Einsperrung und Verhüllung eines Geistes tut mir wehe. Ich gäbe ein ganzes Gesicht um seinen Blick. Im Tiergesicht spiegelt sich der Mensch, im Menschenauge oft das Tier.

Jean Paul.

*

— Grausamkeit gegen Tiere kann weder bei wahrer Bildung, noch bei wahrer Gelehrsamkeit bestehen.

Alexander v. Humboldt.

Ehrung eines französischen Gelehrten durch eine deutsche Universität. Der erfolgreiche Forscher Germain Morin vom Benediktiner Kloster „Maredsous" in Belgien, der 1917 einen ganzen Band echter Texte des hl. Augustinus entdeckte, empfing in feierlicher Sitzung das Ehrendoktordiplom der theologischen Fakultät der Universität Freiburg i. Br. Morin ist ein gebürtiger Normanne. Während des Krieges trat er in einem vielbeachteten deutschen Briefe der Schmähung deutscher Kultur entgegen.

Kunstkenner auf Helgoland! Vor etwa 100 Jahren, als es auf Helgoland noch Sitte war, alles, was die See auf das Land spülte, streng unter den Bergern zu teilen, befand sich unter dem Strandgut einmal eine Kiste, die eine prächtige und sehr wertvolle Quartausgabe von Shakespeares Werken enthielt. Die braven Helgoländer zählten gewissenhaft die Bogen nach und teilten das „schöne Papier" unter sich, um hummern darin einzuwickeln. Die Kupferstiche wurden ebenfalls nach der Zahl verteilt, um als „Schild" mit Kleister an die Stubenwand geklebt zu werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260219010/fragment/page=0002